

PRESSEMITTEILUNG

Neues GmbH-Recht braucht soziale Flankierung

Berlin, 25.06.2008 – "Das neue GmbH-Recht muss sozial flankiert werden", forderte am heutigen Mittwoch der Deutsche Journalisten-Verband. In Hinblick auf den am Donnerstag anstehenden Bundestagsbeschluss über die "1-Euro-GmbH" warnte der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken vor einem "rasanten Anstieg von Schein-GmbHs in den Betrieben". Schon heute würden Arbeitgeber in den Medien, aber auch in anderen Branchen Mitarbeiter außerhalb von Tarifverträgen, als Leiharbeiter oder Scheinselbständige beschäftigen. Durch das neue GmbH-Recht erhielten Arbeitgeber allerdings einen Freifahrtschein, meinte Konken.

Für Mitarbeiter, die als GmbH beschäftigt würden, fielen schon heute keine Sozialversicherungsbeiträge an, meinte Konken. "Die Sozialversicherungsträger unterstellen in ihren Katalogen automatisch die Selbstständigkeit, selbst bei Ein-Personen-GmbHs", warnte Konken. Zudem würden die Auftraggeber auch klassische freie Mitarbeiter zur Gründung einer GmbH drängen, weil sie nach dem derzeitigen Recht keine Künstlersozialabgabe mehr zahlen müssten. "Bisher konnten Freie ihren Auftraggebern mit dem Hinweis auf das Mindestkapital ein Gegenargument liefern. Durch das neue GmbH-Recht ist dieses Argument vom Tisch."

Konken regte an, die Beschäftigten oder Betreiber von GmbHs mit und ohne Mindestkapital in Zukunft bei Sozialversicherungsprüfungen zu berücksichtigen. Zudem sollten auch Zahlungen an GmbHs in Zukunft mit der Künstlersozialabgabe belegt werden.

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Hendrik Zörner

Bei Rückfragen: Tel. 030/72 62 79 20, Fax 030/726 27 92 13
Sie finden unsere Pressemitteilung auch unter www.djv.de



Deutscher
Journalisten-
Verband

Gewerkschaft
der Journalistinnen
und Journalisten

PRESSEHAUS 2107
SCHIFFBAUERDAMM 40
10117 BERLIN
TEL: 030/72 62 79 20
TELEFAX 030/726 27 92 13

E-MAIL: DJV@DJV.DE
INTERNET: WWW.DJV.DE